

Grenzüberschreitende Kooperation im Lichte von Schengen

Integration „von unten“? Grenzregionen und ihr Beitrag zur differenzierten Integration in Europa

Stefanie Thurm & Georg Wenzelburger

Zusammenfassung

Angesichts der Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen und des zunehmenden Erfolges europaskeptischer Parteien dominiert 40 Jahre nach dem Schengener Übereinkommen ein eher pessimistischer Grundton den öffentlichen Diskurs wie auch die politikwissenschaftliche Forschung zur europäischen Integration. In diesem Artikel argumentieren wir, dass diese Bestandsaufnahme durch die Einbeziehung einer grenzregionalen Perspektive nuanciert werden kann. In der Tat findet europäische (Des-)Integration nicht nur zwischen EU und Mitgliedsstaaten statt, sondern auch auf grenzregionaler Ebene, wenn sich Grenzregionen eigene Kompetenzen erstreiten oder bestehende Instrumente nutzen, um in spezifischen Politikbereichen zu kooperieren. Aufbauend auf der theoretischen Perspektive der „differenzierten Integration“ erläutern wir, dass 1) unterschiedliche Modi der differenzierten Integration in Grenzregionen unterschieden werden können und 2) aus differenzierter grenzregionaler Integration positive und negative Feedback-Effekte für die weitere Integrationsdynamik auf europäischer wie auf grenzregionaler Ebene entstehen können.

Schlagworte

Differenzierte Integration, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Grenzregionen, Multi-Level-Governance

1. Einleitung¹

Offene Grenzen und Freizügigkeit sind im Jahr 2025, 40 Jahre nach dem Schengener Übereinkommen, als zentrale Errungenschaft der europäischen Integration nicht mehr aus dem Alltag der Europäer:innen wegzudenken. Besonders in Grenzregionen ist der Wegfall stationärer Kontrollen nicht nur Symbol der Vertiefung der europäischen Integration, sondern auch gelebte Alltagspraxis geworden. Umso tiefer war die Zäsur, welche die infolge der Covid-19-Pandemie verhängten Grenzkontrollen hinterließ, denn für viele Bewohner:innen von Grenzregionen kamen die verhängten Einreisebeschränkungen einer Grenzschließung nahe (Brodowski et al., 2023; Weber, 2022, Weber & Dittel 2025). Und umso lauter war die Kritik etwa aus grenznahen Städten wie Saarbrücken, als die Bundesregierung 2024 zur Eindämmung der Migration stationäre Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen beschloss (SR Info, 2025).

Wie diese Beispiele illustrieren, sind Grenzregionen also Orte, in denen europäische Integrations- und Desintegrationsprozesse auf besondere Weise relevant werden, da sie im Alltag erfahrbar sind: für Berufspendler:innen, beim Einkaufen auf der anderen Grenzseite oder bei der Fahrt in die deutsch-französische Schule. Nicht ohne Grund hat eine erste Welle der Forschung zur europäischen Integration (Grenz-)Regionen als Profiteure und Vorreiter eines Prozesses identifiziert, der, so die These, das westfälische Territorialitätsprinzip des Nationalstaates sowohl „von unten“ durch eine Stärkung der Regionen als auch „von oben“ durch die EU-Institutionen aushöhle (Anderson & Goodman, 1995, S. 601). Forschende in den 1990er und frühen 2000er Jahren erwarteten, dass Globalisierung und Europäisierung ein „system of multilevel, multicenter governance – a multicephalic structure plus a newly added center (EU)“ hervorbringen würden (Bartolini, 2005, S. 44), in dem alte Zentren zu neuen Peripherien werden und umgekehrt. Die zeitliche Parallelität dieser Einschätzungen der Literatur mit der tatsächlichen Umsetzung des Schengener Übereinkommens im Jahr 1995 kommt nicht von ungefähr. In der Tat trug die neu entfaltete Integrationsdynamik in den 1990er Jahren zu der Prognose einer Erosion der Macht des Nationalstaates bei – sowohl durch den europäischen Inte-

1 Teile dieses Aufsatzes gehen auf ein englischsprachiges Manuskript zurück, das sich zurzeit im Begutachtungsprozess befindet. Der Text wurde maschinell übersetzt, grundlegend überarbeitet und an vielen Stellen ergänzt.

grationsprozess als auch durch Globalisierung und Privatisierung (dazu u. a. Hurrelmann et al., 2007; Leibfried & Zürn, 2005; Sørensen, 2004).

Blickt man aus heutiger Sicht nüchtern auf die Prognosen aus der Zeit der Schengen-Euphorie, fällt die Bilanz zur Erosion des Nationalstaats zum einen nuancierter, zum anderen jedoch auch unzufriedenstellend aus. Nuancierter deshalb, weil zwar bisher weder die Nationalstaaten noch die alten Zentren vollständig erodiert sind und sich auch (noch) keine „multicephalic structure“ herausgebildet hat, es aber gleichzeitig unbestreitbar ist, dass Globalisierung und Europäisierung den Kontext massiv verändert haben, in dem Regierungen entscheiden (Leibfried et al., 2017). In der Tat sehen wir unterschiedliche Grade und Geschwindigkeiten (sowie Richtungen) der europäischen Integration je nach Politikfeld und betrachteten Ländern („differenzierte Integration“ (DI), Leuffen et al., 2022). Unzufriedenstellend ist die Bilanz deshalb, weil zu konstatieren ist, dass sich die empirische Forschung bislang hauptsächlich mit der Integration aus der Perspektive der nationalstaatlichen und europäischen Ebene beschäftigt hat, während die Literatur zur europäischen Integration die andere ursprünglich theoretisierte Aushöhlung des Nationalstaats „von unten“ kaum systematisch analysiert hat. So wissen wir aus der Forschung zur „differenzierten Integration“ recht genau, in welchen Politikbereichen Kompetenzen auf die Ebene der EU verlagert wurden, welche Mitgliedsstaaten mit „Opt-Outs“ etwas weniger weit gehen wollten und welche sich zu Formen der verstärkten Zusammenarbeit entschlossen haben. Ebenso kennen wir die Gründe für dieses differenzierte Bild von je nach Mitgliedsstaat unterschiedlichen Integrationstiefen, -geschwindigkeiten und -ausmaßen (Leruth et al., 2022; Schimmelfennig et al., 2022). Inwieweit tatsächlich auch differenzierte Integration „von unten“ durch zunehmende Zusammenarbeit der Grenzregionen entstanden ist und welche Auswirkungen diese auf den weiteren Integrationsprozess hat, ist jedoch bisher wenig systematisch erforscht.² Aus (vergleichenden) Fallstudien ist bekannt, dass in Grenzregionen seit den 1990er Jahren neue Formate der institutionellen Kooperation entstanden sind (etwa Europäische Verbünde für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) oder Eurodistrikte) (Chilla et al., 2017; Evrard, 2016; Ulrich, 2020) und eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Projekten ins Leben gerufen und durch Interreg-Mittel gefördert wurde (Chilla &

2 Die bestehenden Studien (zum Beispiel Blatter, 2004; Setti, 2024; Sohn, 2014; Wassenberg, 2018) wurden bislang selten mit den politikwissenschaftlichen Integrationstheorien verknüpft.

Lambracht, 2023). Schließlich haben Studien auch ergeben, dass ein echter Kompetenzzuwachs für Grenzregionen im großen Stil bisher nicht erfolgt ist – wie er etwa im European Cross Border Mechanism (ECBM) angelegt war (Engl & Evrard, 2020). Trotz dieser Einsichten ist eine systematische Aufarbeitung der differenzierten Integration von unten durch grenzregionale Kooperation und eine Untersuchung möglicher Folgen solcher Integrationsschritte für weitere Integration jedoch noch nicht erfolgt – möglicherweise auch, weil die meisten Fallstudien nicht explizit eine theoretische Anknüpfung an die Literatur zur europäischen Integration suchen.

An dieser Unwucht der Forschung zur europäischen Integration setzt dieser konzeptionelle Beitrag an. Er zielt darauf ab, auszuloten, inwiefern das Konzept der differenzierten Integration durch eine Perspektive von unten aus den Grenzregionen ergänzt werden kann und welche Einsichten sich dadurch für die Betrachtung der Europäischen Integration 40 Jahre nach Schengen ergeben. Entsprechend zeigen wir im folgenden Abschnitt zunächst, wie grenzüberschreitende Kooperation als ein Bottom-up-Element der Integration konzeptualisiert werden kann, bevor wir im dritten Teil dieses Beitrags fragen, wie diese Art von differenzierter Integration von unten, die in Grenzregionen entsteht, die weitere europäische Integration beeinflussen kann. Wir identifizieren dabei verschiedene Kanäle, durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf europäische Integration zurückwirkt, wobei wir uns auf institutionelle und gesellschaftliche Mechanismen konzentrieren. Der letzte Teil schließt mit einer Agenda für die empirische Forschung ab.

2. Differenzierte Integration von unten: Eine Konzeptionalisierung

Die theoretische Perspektive der differenzierten Integration (DI) beschreibt die europäische Integration als einen Prozess, der sich in verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Tiefe und in verschiedenen Politikbereichen vollzieht – und das alles in unterschiedlichen Geschwindigkeiten (Leuffen et al., 2022). Die bisherige Literatur fokussiert dabei auf das Verhältnis der EU zu Mitglieds- und Drittstaaten und analysiert Opting-in oder -out-Klauseln einzelner Staaten (z. B. der Schweiz (Opting-In) oder Dänemarks (Opting-Out)) oder die Möglichkeit einer „verstärkten Zusammenarbeit“ von einzelnen Staaten (z. B. im Scheidungsrecht, vgl. Kroll & Leuffen, 2015). Hooghe und Marks (2022, S. 226) haben jedoch jüngst verdeutlicht, dass dieser Fokus auf das Verhältnis von EU und Mitgliedsstaaten nur

eine bestimmte Spielart von DI darstellt und man das Konzept allgemeiner als “negotiated response to a demand for special treatment in an overarching polity” auffassen kann. Nutzt man diese breitere Definition, lassen sich auch Aushandlungsprozesse zwischen subnationalen Einheiten und nationalstaatlichen Zentren, die in spezifischen Rechten resultieren (etwa zwischen Quebec und der kanadischen Bundesregierung), als Fälle differenzierter Integration auffassen. Dasselbe gilt auch für weitere Ebenen im europäischen Mehrebenensystem – einschließlich der Einheiten, die nicht hierarchisch in Nationalstaaten eingebettet sind, sondern über die nationalen Grenzen hinausreichen, wie z. B. Grenzregionen. Konkret bedeutet das: Wenn es Grenzregionen gelingt, ein „special treatment“ (etwa besondere Kompetenzen) von einer höheren Governance-Ebene zu erhalten – sei es von der EU oder von Nationalstaaten –, liegt ein Fall differenzierter Integration vor. Wie die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, scheint dies zumindest auf manche Grenzregionen zuzutreffen, die sich in den letzten Jahren – auf differenzierte Weise – zu „laboratories of European (Dis-)integration“ (Svensson, 2022, S. 495) entwickelt haben.

Trotz dieser generellen Möglichkeit, das Konzept der DI auf Grenzregionen anzuwenden, erscheinen mindestens zwei Anpassungen notwendig, will man die DI-Perspektive für die Analyse von Integrationsprozessen in Grenzregionen anwenden. *Erstens* betrachtet die klassische Sichtweise von DI die Differenzierungsdynamiken in einer hierarchisch verschachtelten Mehrebenen-Governance-Struktur vom „Typ I“ (Hooghe & Marks, 2003), d. h. hauptsächlich zwischen Nationalstaaten und der EU: Differenzierte Integration wird definiert als “one Europe with an organizational and *member state core* [eigene Hervorhebung] but with a level of centralization and territorial extension that vary by function” (Leuffen et al., 2022, S. 32) und damit als eine Situation “in which the territorial extension of the legal validity of EU rules is incongruent with EU membership” (Schimmelfennig et al., 2022, S. 5). Wenn dagegen Akteure aus Grenzregionen (also aus Einheiten mit überlappenden (nationalen) Grenzen) ein „special treatment“ erhalten, das nur für ihr grenzregionales Territorium gilt, kann dies als differenzierte Integration im Rahmen der Mehrebenen-Governance des „Typs II“ interpretiert werden. In anderen Worten: Integration in Grenzregionen ist *von vornherein differenziert*, sie folgt bewusst einer differenzierten Logik des freiwilligen „Opt-In“, bei der Grenzregionen frei entscheiden, ob und in welchem Umfang sie sich an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligen.

Zweitens kommen bei der Betrachtung von DI in Grenzregionen im Vergleich zur traditionellen Betrachtung zusätzliche Akteure und Verhand-

lungskanäle ins Spiel. Um DI in Grenzregionen zu erklären, ist es notwendig, sowohl die Rolle der EU als auch der beteiligten Mitgliedsstaaten, und zusätzlich die Einflüsse subnationaler Einheiten und die Handlungen der Akteure in den Grenzregionen selbst zu analysieren. Grenzregionen haben eine breite Palette von Möglichkeiten, Integration voranzutreiben – oder davon Abstand zu nehmen. Sie können direkt mit der europäischen Ebene verhandeln (etwa über den Ausschuss der Regionen) oder die jeweiligen regionalen Akteure (z. B. die deutschen Länder) einspannen, um auf ein „special treatment“ hinzuarbeiten. Gleichzeitig können sie (ggf. in Allianzen) verstärkte Integration auch ohne ein Zutun der EU erreichen, wenn es gelingt, in bilateralen Verträgen zwischen den jeweiligen Nationalstaaten spezielle Kompetenzen für Grenzregionen auszuhandeln (dazu auch Frey & Müller in diesem Band). Ein entsprechendes „venue shopping“ (Baumgartner & Jones, 1993) kann also die Gelegenheiten für eine erfolgreiche Durchsetzung der Interessen vergrößern.

Empirisch gesehen gab es in den letzten Jahren zahlreiche Forderungen aus unterschiedlichen Grenzregionen, Kompetenzen zu erweitern – was sich etwa in politischen Instrumenten niederschlug, die auf EU-Ebene umgesetzt wurden (z. B. der EVTZ, die ECBM-Initiative, das b-solutions-Instrument (Medeiros et al., 2022) oder zukünftig vielleicht „BridgeforEU“ (Council of the European Union, 2024)). Gleichzeitig zeigt die Empirie einerseits, dass diese Instrumente von verschiedenen grenzregionalen Akteuren unterschiedlich stark vorangetrieben wurden (z. B. Engl & Evrard, 2020). Andererseits werden die zur Verfügung stehenden Instrumente nicht überall gleich stark genutzt – was zu einem sehr differenzierten Bild der grenzüberschreitenden Integration führt, das sich in unterschiedlicher Tiefe, unterschiedlicher thematischer Breite der Zusammenarbeit und unterschiedlichem Tempo der Integration niederschlägt (Chilla et al., 2017; Durand & Decoville, 2020; Setti, 2024). So gibt es Grenzregionen mit regelmäßigem parlamentarischem Austausch und stark institutionalisierten und aktiven Euroregionen, während andere Grenzregionen eher lose Formen des Austauschs und der Zusammenarbeit pflegen (Chilla & Lambracht, 2023). Darüber hinaus haben die Grenzregionen unterhalb der europäischen Ebene und in Erwartung der ECBM-Verordnung auf mehr Kompetenzen der nationalen Regierungsebenen gedrängt: Der deutsch-französische Aachener Vertrag ist ein Beispiel dafür, dass Akteure aus den Grenzregionen die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über verschiedene Kanäle beeinflussten, um ein „special treatment“ zu

erhalten (Wenzelburger & Thurm, 2025; dazu auch Marsch & Kratz in diesem Band).

Tabelle 1 fasst zusammen, wie sich das Konzept der DI von der ursprünglichen Anwendung auf die Verhandlungen zwischen EU und Nationalstaaten auf Grenzregionen übertragen lässt. Gleichzeitig nimmt es die unterschiedlichen Modi auf, in denen sich die Differenziertheit niederschlägt – hinsichtlich Geschwindigkeit und Politikfeldern. So zeigt sich die Differenziertheit bei der Geschwindigkeit darin, dass manche Grenzregionen Integrationsschritte früher erreichen (etwa durch Verhandlungen mit den jeweiligen nationalen Regierungen) oder diese in schnellerem Tempo umsetzen als andere. Ein Beispiel wäre hier etwa die Nutzung von EVTZ in Deutschland, die zunächst an den Westgrenzen und mit Zeitverzug auch an Ostgrenzen gegründet wurden. Differenziertheit hinsichtlich der Ebenen (multi-tier DI) betrifft in der ursprünglichen Version der DI die Frage von Opt-Outs und Opt-Ins in den *Acquis Communautaire* (Schimmelfennig & Winzen, 2020). Für Grenzregionen ist diese Unterscheidung quasi bereits in der Genese der Integration angelegt, da weitere Integration generell ein freiwilliges Opt-In bedeutet. Opt-Outs sind bisher ein Gedankenexperiment und wären dann vorstellbar, wenn eine generelle Kompetenzverlagerung auf grenzregionale Ebene vorläge (etwa durch eine EU-weite Regelung) und eine Grenzregion diese nicht nutzen würde. Politikfeldspezifische DI besteht in Grenzregionen ebenfalls, da Integrationschritte häufig in bestimmten Politikfeldern schneller umgesetzt werden. Im Bereich der Berufsausbildung bestehen in manchen Grenzregionen etwa spezifische Abkommen, um einen grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkt zu schaffen (Dörrenbächer, 2018; dazu auch Funk in diesem Band) und im Gesundheitssektor scheinen weitere echte Integrationsschritte etwa über die Experimentierklausel des Aachener Vertrags möglich (Ross & Baumgartner, 2022; auch Novotný in diesem Band).

Tabelle 1: Differenzierte Integration in Grenzregionen. Quelle: Eigene Darstellung basierend auf der Unterscheidung von drei Modi der DI von Schimmelfennig & Winzen (2020).

Modus der DI	DI zwischen EU und Nationalstaat	DI in Grenzregionen	Beispiele von DI in Grenzregionen
“Multi-speed”	Über Zeit schreitet europäische Integration in manchen Staaten schneller voran als in anderen (z. B. über verstärkte Zusammenarbeit).	Manche Grenzregionen setzen politische Instrumente zur Integration schneller um als andere.	Grenzregionen an der Westgrenze der Bundesrepublik Deutschland haben deutlich schneller die ersten EVTZ gegründet als Regionen an der Ostgrenze.
“Multi-tier”	Manche Staaten innerhalb der EU erhalten „Opt-Outs“, Staaten außerhalb der EU „Opt-Ins“	Eingebauter „Opt-In“: Manche Grenzregionen entscheiden enger zu kooperieren, andere können oder wollen dies nicht.	Der Aachener Vertrag ermöglicht es Grenzregionen an der deutsch-französischen Grenze, enger zu kooperieren, während ein ähnliches Vorgehen an der deutsch-dänischen Grenze nicht möglich ist.
“Multi-menu”	Integration betrifft manche Politikfelder deutlich stärker als andere (z. B. Schulbildung vs. Binnenmarkt)	Kooperation in Grenzregionen erfolgt in einigen Politikfeldern, in anderen ist dies jedoch nicht möglich oder gewollt.	Im Aachener Vertrag werden einige Politikfelder konkret genannt, in denen für Grenzregionen besondere Kompetenzen möglich sind (z. B. Transport, Gesundheit, Energie).

3. Konsequenzen einer differenzierten Integration „von unten“

Neben der Beschreibung von Mustern der DI stellt sich die – für die Integrationsforschung fast schon klassische – Frage nach der Wirkung der DI. So geht etwa der Neofunktionalismus allgemein von positiven Feedback-Effekten der europäischen Integration aus, die vor allem durch Spillover-Effekte entstehen (Haas, 1964; Schmitter, 2005), während der Postfunktionalismus argumentiert, dass Integration zu negativem Feedback führen könnte, wenn Bürger:innen und Politiker:innen der Ansicht sind, dass der Verlust nationaler Souveränität die möglichen Vorteile einer weiteren Integration überwiegt (Hooghe & Marks, 2009). DI wurde in der Forschung primär als analytische Perspektive betrachtet, die ein Analyseraster sowohl für Prozesse der weiteren Integration als auch für Dynamiken der

Desintegration oder des Status quo liefert. Der Frage, *wie* das Muster der DI tatsächlich auf die Dynamik der weiteren Integration zurückwirkt, wurde hingegen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Wie Schimmelfennig et al. (2022, S. 8) selbst einräumen, „fehlen uns noch weitgehend Erkenntnisse über die Auswirkungen von DI. Dieses Manko ist problematisch: Schließlich sollten Beurteilungen der Zweckmäßigkeit und Entscheidungen über die künftige Entwicklung und Gestaltung von DI zumindest teilweise auf Erkenntnissen über ihre Auswirkungen beruhen“.

Aus konzeptioneller Sicht werden in der Literatur sowohl potenzielle positive Effekte als auch Fallstricke der differenzierten europäischen Integration diskutiert. Einerseits könnte sich DI negativ auf den weiteren Integrationsprozess auswirken (für einen Überblick siehe z. B. Adler-Nissen (2014, S. 25–44), weil die Zulassung verschiedener Ausprägungen und Geschwindigkeiten der Integration die politische Entscheidungsfindung in der EU noch komplexer macht (Schimmelfennig et al., 2022, S. 9). Auch aus demokratischer Sicht könnte die DI die EU-Politik noch unverständlicher machen und zu einem weiteren Anstieg der EU-Skepsis führen. Aus rechtlicher Sicht wird DI oft als Bedrohung für die einheitliche Anwendung des EU-Rechts und Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU angesehen (Kelemen, 2019). Andererseits wird die DI auch mit positiven Effekten für die europäische Integration verbunden, da sie es ermöglicht, das Spannungsverhältnis zwischen Souveränität und Integration zu überwinden, das den Kern des Postfunktionalismus ausmacht. Darüber hinaus könnten durch DI effizientere Lösungen entstehen, da kleinere Gruppen von Staaten bedarfsgerechte Integrationsschritte gehen (Schimmelfennig & Winzen, 2020). Aus demokratischer Sicht könnte DI auch zu mehr Unterstützung für den Integrationsprozess führen, da sie es ermöglicht, schneller in Fragen voranzukommen, die weniger stark mit den Kernkompetenzen der Nationalstaaten und ihrer Souveränität verbunden sind (Bellamy & Kröger, 2017). Schließlich wird DI auch als ein Weg gesehen, Blockaden innerhalb der EU-Entscheidungsfindung zu überwinden (Dawson & Jachtenfuchs, 2022).

Wie können wir diese Erkenntnisse nun nutzen, um Erwartungen über mögliche Auswirkungen der DI in Grenzregionen auf die weitere europäische (grenzregionale) Integration zu formulieren? Wir argumentieren, dass der differenzierte Integrationsmodus in Grenzregionen sowohl positive als auch negative Effekte auf zukünftige Integrationstendenzen erzielen kann, wobei die europäische, die (inter)grenzregionale und die zivilgesellschaftliche Ebene zu unterscheiden sind (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Einflusskanäle der grenzüberschreitenden differenzierten Integration. Quelle: Eigene Darstellung.

	Potenzielle positive Effekte	Potenzielle negative Effekte
EU-Ebene	„First movers“ motivieren Politikinnovation auf EU-Ebene, die zusätzliche Kompetenzen für alle Grenzregionen ermöglichen.	Reformen auf EU-Ebene werden blockiert, weil sich mögliche Lösungen auf nationaler und grenzregionaler Ebene finden.
(Inter)grenzregionale Ebene	- Grenzregionen übernehmen durch politisches Lernen <i>best practices</i> von anderen Grenzregionen. - Grenzregionen können Integrationsgeschwindigkeit und Themenfelder den eigenen Bedürfnissen anpassen.	- Grenzregionen übernehmen suboptimale Policies (<i>failed policy learning</i>) - Grenzregionen empfinden spezielle Kompetenzen für andere Grenzregionen als Benachteiligung, wenn sie von diesen ausgeschlossen sind. - Das Zusammenwirken mehrerer politischer Ebenen und experimentelles Design können zu komplexen Governance-Strukturen und ineffektivem Policy-Making führen.
Zivilgesellschaftliche Ebene	Grenzregionale Integration kann an Präferenzen der lokalen Bevölkerung angepasst werden, was wiederum möglicherweise die Zustimmung zu Integration (auf EU- und grenzregionaler Ebene) erhöht.	- Politisierung und Skepsis gegenüber grenzregionaler Integration bei starker Integration; wahrgenommenes demokratisches Defizit - Unzufriedenheit über Ungleichbehandlung bei Sonderstellung anderer Grenzregionen

Erstens können solche Grenzregionen, die als Vorreiter agieren und die bereits weitgehende Integrationsschritte vollzogen haben, integrationsfördernd auf der EU-Ebene wirken und zu einem Zugewinn an Kompetenzen für Grenzregionen beitragen. Dies kann entweder auf direktem Weg durch ein Engagement der Grenzregionen im Gesetzgebungsprozess geschehen oder durch vertikales Up- und Downloading von *best practices*. Beispielfür den ersten Weg sei erneut auf die Verhandlungen zum ECBM verwiesen, in denen grenzregionale Akteure maßgeblich am politischen Prozess beteiligt waren und Einfluss auf die Policy-Formulierung genommen haben (Engl und Evrard 2020, 928–929). Eine institutionalisierte Variante des zweiten Weges, dem Up- und Download von Lösungen zwischen Grenzregionen und der europäischen Ebene, liefert auch die EU-Plattform b-solutions, über welche Expert:innen Grenzregionen aktiv bei der Identifizierung und Überwindung von Hindernissen unterstützen (Medeiros et

al., 2022). Allerdings ist andererseits auch denkbar, dass Kompetenzen, die in differenzierter Weise durch die Nationalstaaten zugestanden werden, weiterführende Regelungen auf europäischer Ebene eher bremsen, anstatt sie zu befördern, auch wenn alle Grenzregionen davon profitieren würden. Wenn *first movers* unter den Grenzregionen weitreichende Kompetenzen erhalten, wie sie beispielsweise im Aachener Vertrag angedacht sind, könnte das deren Policy-Engagement auf EU-Ebene hemmen. Ein reduziertes Engagement für Reformen auf europäischer Ebene könnte in Folge zusätzliche Kompetenzgewinne für alle Grenzregionen unwahrscheinlicher machen.

Zweitens sind potenzielle Auswirkungen auf *grenzregionaler Ebene* zu beachten. Zum einen besteht die Möglichkeit des horizontalen Policy Learning zwischen Grenzregionen. Empirisch wurden solche positiven Rückkopplungseffekte der grenzüberschreitenden DI für weitere Integrationschritte bereits in Fallstudien festgestellt. Wie bereits erwähnt, scheint der Aachener Vertrag, der eine Experimentierklausel für Grenzregionen enthält, nachfolgende bilaterale Verträge zwischen Frankreich und Italien (Vertrag von Quirinal, 2021) sowie Frankreich und Spanien (Vertrag von Barcelona, 2023) inspiriert zu haben (Mac Kain, 2023; Salerno, 2022; Wenzelburger & Thurm, 2025). In ähnlicher Weise haben sich in Deutschland auf der Ebene der Landesregierungen grenzüberschreitende politische Strategien entwickelt, die darauf abzielen, die Zusammenarbeit in den Grenzregionen zu erleichtern (Crossey & Weber, 2024). Beispiele für solche Strategien sind die Frankreichstrategie des Saarlandes, die Nachbarschaftsstrategie Brandenburg-Polen und die Dänemark-Strategie des Landes Schleswig-Holstein. Analysen legen nahe, dass sich die Landesregierungen bei der Entwicklung ihrer Strategien mitunter an den Inhalten der anderen Strategien orientiert haben (Reents et al. 2024). Dementsprechend ergibt sich auf grenzregionaler Ebene auch der Vorteil, Politikinnovationen individuell an lokale Bedürfnisse anpassen zu können. Die Strategien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betonen in dieser Hinsicht jeweils unterschiedliche Themenfelder und beinhalten unterschiedlich ambitionierte Integrationsziele, in Abhängigkeit des bereits erreichten Integrationsniveaus und dessen konkreter Ausgestaltung.

Auch hier ist jedoch ebenfalls der gegenteilige Fall denkbar: Wird grenzregionale Integration dezentralisiert vorangetrieben und werden Lösungen horizontal verbreitet, werden möglicherweise suboptimale Lösungen übernommen. Dazu kommt unter Umständen ein ineffizienter Ressourceneinsatz: Wenn Lösungen für Integrationshindernisse zentral auf europäischer

Ebene erarbeitet werden, ist dies potenziell effizienter als kleinteilige Lösungen, die parallel in mehreren Grenzregionen oder Nationalstaaten entwickelt werden. Sofern DI auf uneinheitlich gewährten Kompetenzen der Nationalstaaten beruht, kann DI darüber hinaus leicht als Ungleichbehandlung wahrgenommen werden kann. So hat beispielsweise die Europäische Gebietskörperschaft Elsass durch eine gesetzliche Neuregelung aus dem Jahr 2019 (*loi (n°2019–816) du 2 août 2019 relative aux compétences de la Collectivité européenne d'Alsace*) zusätzliche Kompetenzen im Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation erhalten, die u. a. den bildungs- und sprachpolitischen Bereich berühren. Diese Sonderkompetenzen kommen aus der Perspektive anderer französischer Gebietskörperschaften zuweilen einer ungerechtfertigten Bevorzugung gleich. Dementsprechend fordert ein politischer Akteur aus dem Département Moselle parallele Kompetenzen für die Moselle und merkt an, dass die engen deutsch-französischen Beziehungen in der Region dies in jedem Fall rechtfertigten³. Um solchen Spannungen vorzubeugen, wären großflächige, europaweite Lösungsansätze besser geeignet als differenzierte Regelungen für unterschiedliche Grenzregionen.

Drittens ist es denkbar, dass DI in Grenzregionen einen Einfluss auf die *gesellschaftliche Ebene* und vor allem auf die Unterstützung weiterer Integrationsschritte haben kann. So könnte durch differenzierte Schritte in den jeweiligen Grenzregionen die Geschwindigkeit der Integration den Präferenzen der lokalen Bevölkerung angepasst werden, was wiederum möglicherweise die Zustimmung zu Integration (auf EU- und grenzregionaler Ebene) erhöht. Daten aus einer repräsentativen Befragung saarländischer Arbeitnehmer:innen zeigen zum Beispiel, dass sich gerade Grenzpendler:innen weniger Sorgen um Zuwanderung machen und zufriedener mit der Demokratie sind (Pöhland et al., 2024). Auch Weber und Wenzelburger (2023, S.21) befinden auf Basis von Daten aus einer nicht-repräsentativen Umfrage im Eurodistrikt SaarMoselle, dass die Häufigkeit des Grenzübertritts die Unterstützung für weitere Integration fördert. Angeichts der starken grenzregionalen Verflechtungen in diesem Raum könnte

3 Interview mit den Autor:innen, 19.01.2023. Wörtlich äußert sich der Interviewte wie folgt: „Wie wir auch argumentieren, ist, wenn die *Collectivité européenne d'Alsace* ... die bekommen auch spezifische Kompetenzen und die wollen wir auch haben, wir, die Moselle. Das wollen wir auch. Wir möchten auch hier *être traité de la même façon, pour le bilinguisme et pour tout ça*. Weil wir haben die gleiche Geschichte wie das Elsass und die gleiche Lage, vielleicht manchmal sogar besser und auch sehr engen Kontakt mit den Saarländern.“

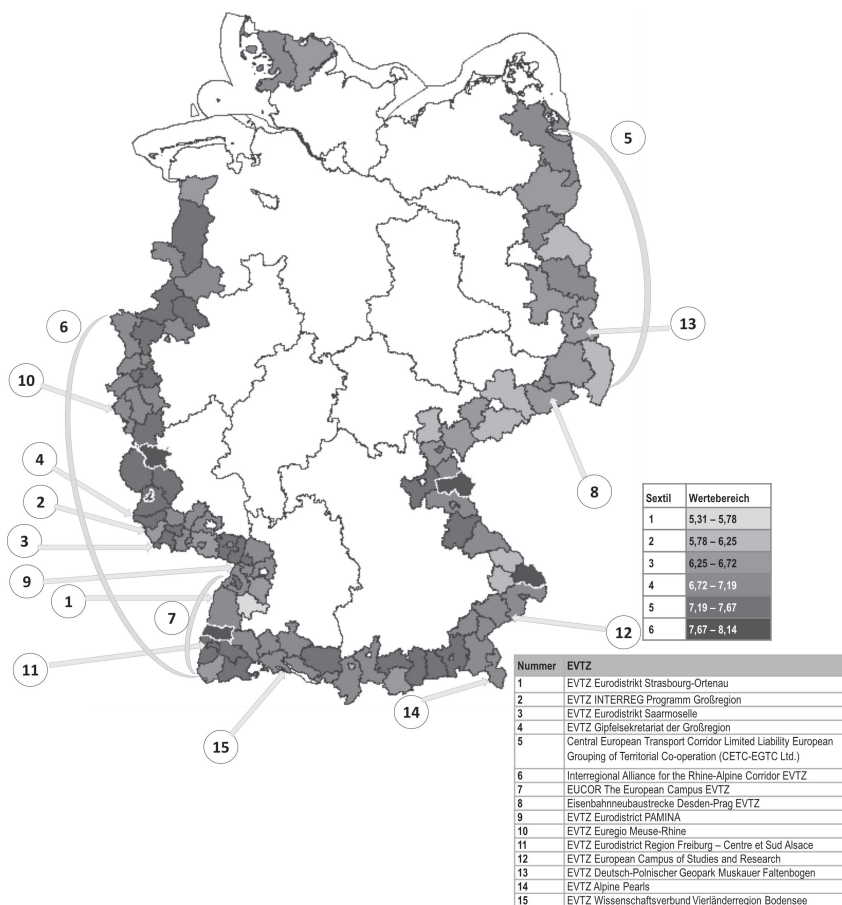


Abbildung 1: Verbundenheit Europa in Grenzregionen. Quelle: Eigene Darstellung. Anmerkung: Dargestellt sind das Ausmaß der Verbundenheit mit Europa in den NUTS3-Regionen, wobei eine dunklere Schattierung (höhere Werte) eine stärkere Verbundenheit bedeutet, und die EVTZ mit deutscher Beteiligung. Datenquelle: SOEP, eigene Auswertung.

dies ein Indiz für einen solchen positiven Effekt auf gesellschaftlicher Ebene sein. Schließlich zeigt auch eine Gegenüberstellung der Grenzregionen in Ost- und Westdeutschland, dass dort, wo stärkere Verflechtungen herrschen (z. B. an der deutsch-niederländischen oder deutsch-französischen Grenze), auch gleichzeitig die Verbundenheit mit Europa höher ausfällt

(vgl. Abbildung 1; zur Verbundenheit mit Europa siehe auch Dittel & Weber in diesem Band).

Gleichzeitig ist jedoch auch auf gesellschaftlicher Ebene ein negatives Feedback vorstellbar. So könnten Politisierung und Skepsis gegenüber grenzregionaler Integration bei starker Integration in Grenzregionen negativ wirken. Auch könnte nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich Unzufriedenheit darüber bestehen, dass andere Grenzregionen eine Sonderstellung erhalten und im Sinne der Differenziertheit schnellere oder weitere Integrationsschritte gehen. Empirisch zeigen zumindest einige Fallstudien, dass grenzregionale Integration nicht generell zu positiveren Einstellungen zu Europa führt (Kuhn, 2011; Nasr & Rieger, 2024; Rehm et al., 2025), wobei sich durchaus Evidenz für je nach Kontext und Region unterschiedliche Reaktionen auf Integrationsschritte finden lässt – was sich durchaus auch durch die Differenziertheit der Integration selbst begründen lässt. So weisen qualitative Arbeiten darauf hin, dass die grenzüberschreitende Integration auch mit einer negativeren Einstellung gegenüber Europa im Allgemeinen (Brack & Startin, 2015; de Vries, 2018) und gegenüber einer weiteren grenzüberschreitenden Integration einhergehen kann (Bürkner, 2020; Jacobs & Kooij, 2013). Dieser Befund „ambivalenter Effekte“ (Durand et al., 2020) deckt sich auch mit den allgemeineren Ergebnissen der wenigen Studien, die sich mit der Wahrnehmung der DI auf EU-Ebene befasst haben. Auch hier hängt die Wirkung von DI von der konkreten Fragestellung ab, weshalb Vergioglou und Hegewald (2022, S. 206), argumentieren: „While differentiated integration has the potential to enhance citizens’ legitimacy perceptions, it can also also undermine them simultaneously.“

4. Diskussion und Schlussfolgerung

40 Jahre nach Unterzeichnung des Schengener Übereinkommens, einem Meilenstein der Geschichte der europäischen Integration (dazu u. a. auch der Einleitungsbeitrag und die Artikel von Marcowitz sowie Staud in diesem Band), stellt sich die weitere europäische Integration fragiler dar, als es viele der Forschenden in den 1990er Jahren angenommen hatten. Euroskeptizismus und die Rückbesinnung auf nationalstaatliche Souveränität gehen mit einer Verlangsamung des Integrationstempos einher, angesichts von steigendem Unsicherheitsgefühl führen Mitgliedsstaaten stationäre Grenzkontrollen wieder ein und stellen daher die Vision des Schengener Übereinkommens in Frage. Aus Sicht des Postfunktionalismus zeigt diese

Entwicklung, dass die positiven Effekte, die europäische Integration in der Vergangenheit zu liefern wusste, nicht mehr ausreichen, um nationale Souveränitätsvorstellungen in Schach zu halten, die sich gegen eine weitere Aushöhlung des Nationalstaats richten (Hooghe & Marks, 2009).

Diese Interpretation der aktuellen Dynamiken fasst den zentralen Topos der politikwissenschaftlichen Debatte zur europäischen Integration 40 Jahre nach dem Schengener Übereinkommen im Kern zusammen. Gleichzeitig steht sie spiegelbildlich für die Perspektive auf die Entwicklung der Integration, die in der Regel als Beziehung zwischen Nationalstaaten und der Europäischen Union modelliert wird. In diesem Beitrag haben wir argumentiert, dass sich Integration jedoch nicht nur „von oben“ zeigt, sondern auch „von unten“, wenn Grenzregionen zunehmend kooperieren und dadurch nationalstaatliche Grenzen durchlässiger und politische Probleme grenzüberschreitend angegangen werden (vgl. auch Dittel & Weber, 2025; Weber & Dittel, 2025). Unter Rückgriff auf das theoretische Konzept der DI hat dieser Beitrag daher eine Ergänzung zur bisherigen Literatur geliefert und gezeigt, dass die theoretische Perspektive der DI genutzt werden kann, um eine systematische Beschreibung dessen zu liefern, was in Grenzregionen passiert. Zum einen können wir die Perspektive der DI nutzen, um zu konzeptualisieren, wie Akteurskonstellationen und ihre jeweiligen Haltungen auf der EU-Ebene, der Ebene der Mitgliedstaaten und der grenzregionalen Ebene die Integration in Grenzregionen erleichtern oder behindern. Und wir können mit den aus der DI abgeleiteten Modi der Integration einfangen, auf welche Weise Grenzregionen zu Räumen der europäischen Integration geworden sind. Zum zweiten können wir Überlegungen dazu anstellen, über welche Kanäle sich die DI der Grenzräume auf weitere Integrationsprozesse – auf europäischer wie auf grenzregionaler Ebene – auswirken kann, d. h. welche Feedback-Prozesse die Integration der europäischen Grenzregionen in Gang setzen.

Aufbauend auf diesen Überlegungen stellt sich die Frage, ob der skeptische Blick auf die aktuellen Dynamiken des europäischen Integrationsprozesses 40 Jahre nach Schengen nicht zumindest bei Einbeziehung der Entwicklungen auf grenzregionaler Ebene nuanciert werden müsste. Denn wenn Staaten – ganz unabhängig von Integrationsschritten auf Ebene der EU – dazu bereit sind, Kompetenzen auf die grenzregionale Ebene zu verlagern, könnte daraus gleichzeitig eine Verstärkung der Integrationsdynamik auf der Ebene der Mitgliedstaaten folgen. Darüber hinaus könnte sich die grenzregionale Integration als widerstandsfähiger gegen Stagnations- oder gar Desintegrationsdynamiken erweisen und die attraktive Perspektive

einer horizontalen Dimension der europäischen Integration bieten (Beck, 2022, S. 252). Demgegenüber kann eine weiter ausdifferenzierte Integration aber auch negative Folgen haben, da ein ohnehin schon kompliziertes Entscheidungsgefüge noch komplexer wird, wenn Grenzregionen zunehmend „Sonderbehandlungen“ jenseits des nationalstaatlichen Rechtsrahmens gewährt werden. In jedem Fall zeigen diese Fragen, dass eine systematischere Einbeziehung der Perspektive der Grenzregionen ein umfassenderes Bild auf die Dynamiken der Integration liefern kann, um 40 Jahre nach dem Schengener Übereinkommen ein besseres Verständnis davon zu erhalten, wie differenzierte Integrationsprozesse auf unteren und oberen *Levels of Government* miteinander verschränkt sind.

Literaturverzeichnis

- Adler-Nissen, R. (2014). *Opting out of the European Union: diplomacy, sovereignty and European integration*. Cambridge University Press.
- Anderson, J., & Goodman, J. (1995). Regions, States and the European Union: Modernist Reaction or Postmodern Adaptation? *Review of International Political Economy*, 2(4), 600–631. <https://www.jstor.org/stable/4177164>
- Bartolini, S. (2005). *Restructuring Europe*. Oxford University Press.
- Baumgartner, F., & Jones, B. D. (1993). *Agendas and Instability in American Politics*. University of Chicago Press.
- Bellamy, R., & Kröger, S. (2017). A democratic justification of differentiated integration in a heterogeneous EU. *Journal of European Integration*, 39(5), 625–639. <http://dx.doi.org/10.1080/07036337.2017.1332058>
- Blatter, J. (2004). From ‘spaces of place’ to ‘spaces of flows’? Territorial and functional governance in cross-border regions in Europe and North America. *International Journal of Urban and Regional Research*, 28(3), 530–548. <https://doi.org/10.1111/j.0309-1317.2004.00534.x>
- Brack, N., & Startin, N. (2015). Introduction: Euroscepticism, from the margins to the mainstream. *International Political Science Review*, 36(3), 239–249. <http://dx.doi.org/10.1177/0192512115577231>
- Brodowski, D., Nesselhauf, J., & Weber, F. (Hrsg.). (2023). *Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee*. Springer VS.
- Bürkner, H.-J. (2020). Europeanisation versus Euroscepticism: Do Borders Matter? *Geopolitics*, 25(3), 545–566. <https://doi.org/10.1080/14650045.2020.1723964>
- Chilla, T., & Lambracht, M. (2023). Institutional mapping of cross-border cooperation. INTERREG programme analyses with KEEP data. *European Planning Studies*, 31(4), 700–718. <https://doi.org/10.1080/09654313.2022.2058321>
- Chilla, T., Sielker, F., & Othengrafen, F. (2017). *Governance diffusion in Europe – The EGTC tool and its spatial implementation patterns*. Institut für Geographie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. <http://blogs.fau.de/regionalentwicklung/wp2-governance-diffusion>

- Council of the European Union. (2024). *Cohesion policy: EU co-legislators strike a deal on a new instrument to promote the development of cross-border regions (BRIDGE-forEU)*. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/12/16/cohesion-policy-eu-co-legislators-strike-a-deal-on-a-new-instrument-to-promote-the-development-of-cross-border-regions-bridge4eu/>
- Crossey, N., & Weber, F. (2024). Borderlands of Governance – Multilevel Cross-border Governance and Trajectories of Local Cross-border Ties in the Franco-German Moselle-Saarland Region. *Journal of Borderlands Studies*, 39(6), 1061–1081. <http://dx.doi.org/10.1080/08865655.2023.2276458>
- Dawson, M., & Jachtenfuchs, M. (2022). *Autonomy without collapse in a better European Union*. Oxford University Press.
- De Vries, C. E. (2018). *Euroscepticism and the future of European integration*. Oxford University Press.
- Dittel, J. & Weber, F. (2025). Die Covid-19-Pandemie als Impulsgeber? Zur Resilienz grenzüberschreitender Kooperation im Verflechtungsraum SaarLorLux. In F. Weber & J. Dittel (Hrsg.), *Beyond Borders: Zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume* (S. 49–65). Arbeitsberichte der ARL 38. Selbstverlag.
- Dörrenbächer, H. P. (2018). Die Großregion: ein grenzüberschreitender Berufsbildungsraum? In K. M. Pallagst, A. Hartz, & B. Caesar (Hrsg.), *Border Futures-Zukunft Grenze-Avenir Frontière: Zukunftsfähigkeit grenzüberschreitender Zusammenarbeit* (S. 286–302). Selbstverlag.
- Durand, F., & Decoville, A. (2020). A multidimensional measurement of the integration between European border regions. *Journal of European Integration*, 42(2), 163–178. <https://doi.org/10.1080/07036337.2019.1657857>
- Durand, F., Decoville, A., & Knippschild, R. (2020). Everything All Right at the Internal EU Borders? The Ambivalent Effects of Cross-Border Integration and the Rise of Euroscepticism. *Geopolitics*, 25(3), 587–608. <http://dx.doi.org/10.1080/14650045.2017.1382475>
- Engl, A., & Evrard, E. (2020). Agenda-setting dynamics in the post-2020 cohesion policy reform: the pathway towards the European cross-border mechanism as possible policy change. *Journal of European Integration*, 42(7), 917–935. <https://doi.org/10.1080/07036337.2019.1689969>
- Evrard, E. (2016). The European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC): Towards a Supraregional Scale of Governance in the Greater Region SaarLorLux? *Geopolitics*, 21(3), 513–537. <http://dx.doi.org/10.1080/14650045.2015.1104667>
- Haas, E. B. (1964). *Beyond the nation-state: functionalism and international organization*. Stanford University Press.
- Hooghe, L., & Marks, G. (2003). Unraveling the Central State, but How? Types of Multi-level Governance. *American Political Science Review*, 97(2), 233–243. <http://dx.doi.org/10.1017/S0003055403000649>
- Hooghe, L., & Marks, G. (2009). A postfunctionalist theory of European integration: From permissive consensus to constraining dissensus. *British Journal of Political Science*, 39(1), 1–23. <https://doi.org/10.1017/S0007123408000409>

- Hooghe, L., & Marks, G. (2022). Differentiation in the European Union and beyond. *European Union Politics*, 24(1), 225–235. <https://doi.org/10.1177/14651165221127885>
- Hurrelmann, A., Leibfried, S., Martens, K., & Mayer, P. (2007). The Transformation of the Golden-Age Nation State: Findings and Perspectives. In A. Hurrelmann, S. Leibfried, K. Martens, & P. Mayer (Hrsg.), *Transforming the Golden-Age Nation State* (S. 193–205). Palgrave Macmillan.
- Jacobs, J., & Kooij, H.-J. (2013). Fading EUphoria at the Dutch-German Border? The Case of Avantis. *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 104(3), 379–387. <https://doi.org/10.1111/tesg.12034>
- Kelemen, R. D. (2019). Is differentiation possible in rule of law? *Comparative European Politics*, 17(2), 246–260. <https://doi.org/10.1057/s41295-019-00162-9>
- Kroll, D. A., & Leuffen, D. (2015). Enhanced cooperation in practice. An analysis of differentiated integration in EU secondary law. *Journal of European Public Policy*, 22(3), 353–373. <https://dx.doi.org/10.1080/13501763.2014.956781>
- Kuhn, T. (2011). Europa ante portas: Border residence, transnational interaction and Euroscepticism in Germany and France. *European Union Politics*, 13(1), 94–117. <https://doi.org/10.1177/1465116511418016>
- Leibfried, S., Huber, E., Lange, M., Levy, J. D., Nullmeier, F., & Stephens, J. D. (2017). *The Oxford handbook of transformations of the state*. Oxford University Press.
- Leibfried, S., & Zürn, M. (Hrsg.). (2005). *Transformations of the state?* Cambridge University Press.
- Leruth, B., Gänzle, S., & Trondal, J. (Hrsg.). (2022). *The Routledge handbook of differentiation in the European Union*. Routledge.
- Leuffen, D., Rittberger, B., & Schimmelfennig, F. (2022). *Integration and differentiation in the European Union: Theory and policies*. Palgrave Macmillan.
- Mac Kain, F. (2023). La coopération transfrontalière : un enjeu d'importance croissante. *Administration*, 279(3), 96–98. <https://doi.org/10.3917/admi.279.0096>
- Medeiros, E., Guillermo, R. M., Cinzia, D., & Brustia, G. (2022). Will reducing border barriers via the EU's b-solutions lead towards greater European territorial integration? *Regional Studies*, 56(3), 504–517. <http://dx.doi.org/10.1080/00343404.2021.1912724>
- Nasr, M., & Rieger, P. I. T. (2024). *European Journal of Political Research*, 63(4), 1328–1350. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12652>
- Pöhlend, C., Hörisch, F., & Wenzelburger, G. (2024). Demokratiezufrieden, transnational und weltoffen? Eine Analyse ausgewählter Einstellungen von Grenzpendlern in das Saarland. *AK-Beiträge*, 2024(1), 68–88.
- Rehm, M., Schröder, M., & Wenzelburger, G. (2025). Border Regions as Nuclei of European Integration? Evidence From Germany. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 63(2), 485–506. <https://doi.org/10.1111/jcms.13607>
- Salerno, G. (2022). Tranfrontalier, les perspectives du traité du Quirinal du coté italien. *Pouvoirs locaux*, 121, 55–59. <https://hdl.handle.net/11393/306332>

- Schimmelfennig, F., Leuffen, D., & De Vries, C. E. (2022). Differentiated integration in the European Union: Institutional effects, public opinion, and alternative flexibility arrangements. *European Union Politics*, 24(1), 3–20. <https://doi.org/10.1177/14651165221119083>
- Schimmelfennig, F., & Winzen, T. (2020). *Ever looser union? Differentiated European integration*. Oxford University Press.
- Schmitter, P. C. (2005). Ernst B. Haas and the legacy of neofunctionalism. *Journal of European Public Policy*, 12(2), 255–272. <https://doi.org/10.1080/13501760500043951>
- Setti, A. (2024). No fences, good neighbors: measuring and explaining integration in European cross-border regions. *Journal of European Integration*, first view, <https://doi.org/10.1080/07036337.2024.2418293>
- Sohn, C. (2014). The Border as a Resource in the Global Urban Space: A Contribution to the Cross-Border Metropolis Hypothesis. *International Journal of Urban and Regional Research*, 38(5), 1697–1711. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12071>
- Sørensen, G. (2004). *The Transformation of the State. Beyond the Myth of Retreat*. Palgrave Macmillan.
- SR Info (2025). *Wer die verlängerten Grenzkontrollen im Saarland gut findet und wer nicht*. Saarländischer Rundfunk. https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/grenzkontrollen_verlaengert_deutschland_saarland_meinungen_100.html
- Svensson, S. (2022). Resistance or Acceptance? The Voice of Local Cross-Border Organizations in Times of Re-Bordering. *Journal of Borderlands Studies*, 37(3), 493–512. <https://doi.org/10.1080/08865655.2020.1787190>
- Ulrich, P. (2020). Territorial cooperation, supraregionalist institution-building and national boundaries: the European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC) at the eastern and western German borders. *European Planning Studies*, 28(1), 57–80. <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1623974>
- Vergioglou, I., & Hegewald, S. (2022). From causes to consequences: Investigating the effects of differentiated integration on citizens' EU support. *European Union Politics*, 24(1), 206–224. <https://doi.org/10.1177/14651165221135742>
- Wassenberg, B. (2018). Secondary foreign policy as a peace-building tool: A European model? The contribution of cross-border cooperation to reconciliation and stability in Europe. In M. Klatt & B. Wassenberg (Hrsg.), *Secondary Foreign Policy in Local International Relations* (S. 15–33). Routledge.
- Weber, F. (2022). Cross-border cooperation in the border region of Germany, France, and Luxembourg in times of Covid-19. *European Societies*, 24(3), 354–381. <https://doi.org/10.1080/14616696.2022.2076894>
- Weber, F. & Dittel, J. (2025). Grenzüberschreitende Verflechtungsräume im Lichte der Covid-19-Pandemie – Herausforderungen und Perspektiven zur Krisenfestigkeit. In F. Weber & J. Dittel (Hrsg.), *Beyond Borders. Zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume* (S. 3–27). Arbeitsberichte der ARL 38. Selbstverlag.
- Weber, F., & Wenzelburger, G. (2023). *Einstellungen in und zu SaarMoselle: Ergebnisbericht zur „Common-Ground“ – Umfrage in der Grenzregion*. Universität des Saarlandes, Fachrichtung Gesellschaftswissenschaftliche Europaforschung.

Wenzelburger, G., & Thurm, S. (2025). Multiple levels, multiple streams: how border regions made it into the Treaty of Aix-la-Chapelle. *French Politics*, first view. <https://doi.org/10.1057/s41253-025-00279-2>